

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 09.07.2013

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz:**

Ratsherr Lothar Hellwig SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Herr Gerhard Ameln	FDP	Vertreter für Frau M. Kunze
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	Vertreter für Ratsfrau E. Haue
Ratsherr Horst Eick	SPD	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreter für Herrn H.-W. Wolff
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsfrau H.-M. Skorupa
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsherr Rüdiger Wilde	CDU	
Herr Peter Arens	CDU	
Frau Ilona Behle	Lüdenscheider	
Liste		
Herr Bernd Kaiser	SPD	
Frau Renate Lazar	Bündnis 90/Die Grünen	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Tan Göbenli	SPD
Herr Ernst-Gustav Spieckermann	CDU

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Ismail Yaman	Liste der SPD
-------------------	---------------

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Uwe Buß
Frau Mechthild Kießig

Schriftführung:

Herr Rolf Waßmuth

Gäste

Herr Intile vom Caritas-Beratungszentrum für Wohnungslose
Frau Schüler vom Fachdienst Soziales des Märkischen Kreises
Frau Lüttig, Koordinatorin für das Bildungs- und Teilhabepaket - BuT -
beim Märkischen Kreis

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD
Herr Jochen Kliebisch	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Martina Kunze	FDP
Herr Hans-Werner Wolff	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Karin Löhr	SPD
-----------------	-----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:11 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Energiegerechtigkeit (mündlicher Bericht - Beratungsstelle für Wohnungslose)

Zu diesem Thema ist Herr Intile von der Beratungsstelle für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten des Caritasverbandes eingeladen worden.

Er unterrichtet die Ausschussmitglieder anhand einer Power Point Präsentation über die Arbeit der „Stromsparberater und -helfer“ für einkommensschwache Haushalte.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Intile wird Gelegenheit zur Fragestellung gegeben.

Die hierzu aufgetretenden Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Intile ausführlich beantwortet.

Abschließend bietet Herr Intile einen Informationsflyer zur Mitnahme an.

3. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (mündlicher Bericht - Märkischer Kreis)

Zu diesem Thema sind Frau Schüler vom Fachdienst Soziales und Frau Lüttig, Koordinatorin für das Bildungs- und Teilhabepaket - BuT - , vom Märkischen Kreis, eingeladen worden.

Desweiteren ist Frau Müller, Geschäftsführerin für fünf Betreuungsvereine an Grundschulen mit offenem Ganzttag speziell zu diesem Thema eingeladen worden.

Eingangs unterrichtet Frau Schüler die Ausschussmitglieder allgemein über das Bildungs- und Teilhabepaket.

Sodann erläutert Frau Lüttig anhand einer Power Point Präsentation das Antrags- und Leistungsverfahren sowie die Auswirkungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes.

Im Rahmen der sich anschließenden Fragerunde werden Erläuterungen zum BuT von Frau Schüler bzw. Frau Lüttig gegeben.

Im Anschluss daran berichtet Frau Müller ihre aus der Praxis gewonnenen Erkenntnisse und weist auf die Problematik im Rahmen des Informationsgespräches hinsichtlich der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Leistungen nach dem BuT sowie das Abrechnungs- und Erstattungsverfahren hin.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde werden die gestellten Fragen von Frau Schüler bzw. Frau Lüttig beantwortet.

Nach Beenden der Diskussions- und Fragerunde teilt der Vorsitzende mit, dass sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit einer Bundesrats-Initiative dafür einsetzt, dass

- Die Befristung für die Finanzierung für die Schulsozialarbeit bis zum 31.12.2013 aufgehoben wird
- die Schulsozialarbeit nach SGB II auch über 2013 hinaus erhalten bleibt und weiterhin aus Bundesmitteln finanziert wird.

Er schlägt daher vor, diese Initiative seitens des Sozial- und Seniorenausschusses zu unterstützen.

Hierüber ließ der Vorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

4. Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Vorlage: 103/2013

Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes durch den Vorsitzenden lässt dieser über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Das Pilotprojekt zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in üblichen Wohn- und Lebensverhältnissen soll nach dem als Anlage beigefügten Konzept durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Einstimmig beschlossen.
Herr Ameln hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

5. Zuschüsse an soziale Verbände im Jahr 2013 Vorlage: 060/2013

Der Vorsitzende benennt den Tagesordnungspunkt und fragt die Ausschussmitglieder ob nach Beschlussvorlage entschieden werden soll.
Da keine Gegenstimmen vorhanden sind, lässt er abstimmen.

Beschluss:

Es werden nachfolgend aufgeführte Zuschüsse bewilligt:

- an den VdK Stadtverband	3.320,00 €
- an den VdK Ortsverband Rahmede/Altena	180,00 €
- an den SoVD Ortsverband Oberes Versetal	563,00 €
- an den SoVD Ortsverband Rahmedetal	463,00 €
- an den SoVD Ortsverband Lüdenscheid	1.574,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Einstimmig beschlossen.
Herr Ameln hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Keine.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Beantwortung der Anfrage von Rats Herrn Wilde zum Thema "Bürgerbus - Hasley"

Die Anfrage von Rats Herrn Wilde aus der Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses vom 11.12.2012 wird beantwortet.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich durch den Fachdienst Stadtplanung und Verkehr und ist jedem Ausschussmitglied bereits vor Beginn der Sitzung durch Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden.

6.3. Anfragen

6.3.1. Anfrage von Frau Lazar hinsichtlich der Belegung der städt. Übergangsheime und Zuweisung von Flüchtlingen

Frau Lazar fragt an, wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber in den städt. Übergangsheimen untergebracht sind.

Auch möchte sie wissen, wie viele Flüchtlinge in absehbarer Zeit zu erwarten seien.

Fachdienstleiterin Frau Kießig teilt mit, dass z. Z. 111 Flüchtlinge bzw. Asylbewerber in den städt. Übergangsheimen untergebracht sind; mit wie viel Personen in absehbarer gerechnet werden müsse, könne nicht gesagt werden. Dies sei sehr unterschiedlich. Eine steigende Tendenz sei jedoch zu verzeichnen. Im 1. Quartal 2013 war eine steigende Personenzahl gegenüber dem Vorjahr bemerkbar, diese habe sich aber zum Ende des 2. Quartals 2013 relativiert.

6.3.2. Anfragen des Herrn Ameln zum "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern"

Herr Ameln fragt an,

warum das Projekt auf fünf Familien begrenzt wird

und

warum als Bedingung für das Projekt die gemeinnützige Arbeit zugrunde gelegt wird und nicht

den schweizer Regelungen gefolgt werde, wonach nur dann Geldleistungen gezahlt werden, wenn ein Arbeitsplatz vorhanden ist.

Herr Beigeordneter Theissen teilt dazu mit, dass sich nach Beschlussfassung des Rates das Projekt auf b i s zu fünf Familien beziehen solle; seitens der Verwaltung werde dies noch um zwei Einzelpersonen erweitert.

Dies sei auch soeben vom Ausschuss so beschlossen worden.

Im Hinblick auf den Vergleich mit der Schweiz teilt Herr Beigeordneter Theissen mit, dass dies Verfassungsrecht des Bundes sei.

gez. Hellwig
Vorsitzender

gez. Waßmuth
Schriftführer